



## Chronologie der Verfahren Altersdiskriminierung

Die Thematik der altersdiskriminierenden Besoldung wurde nach der **so genannten Hennings/Mai-Entscheidung** des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 8. September 2011 (C-297/10 und C-298/10) relevant. Eine höhere Besoldung allein wegen eines höheren Lebensalters wurde als Altersdiskriminierung eingestuft. Es stellte sich die Frage, ob die aus Luxemburg aufgestellten Grundsätze zur Besoldung der Angestellten im Öffentlichen Dienst auch Geltung im Bereich der Beamten erlangen und somit zu Ausgleichsansprüchen bei einzelnen Beamten führen könnten.

Das Verwaltungsgericht Schleswig hatte zuvor mit Urteil vom 13. Januar 2010 (11 A 216/08) Ansprüche von Beamten aus dem Gesichtspunkt der Altersdiskriminierung verneint.

Dann – im Jahre 2011 und 2012 – gab es bundesweit erste Verwaltungsgerichtsentscheidungen (z. B. Verwaltungsgericht Halle vom 28. September 2011 – 5 A 63/10 – und Verwaltungsgericht Frankfurt/Main vom 20. August 2012 – 9 K 1175/11), die den klagenden Beamten Ansprüche in unterschiedlicher Höhe zuerkannten.

Aus diesem Grund entschied sich die GdP Schleswig-Holstein dazu, ihren Mitgliedern zu empfehlen, Anträge auf Ausgleichsansprüche gegenüber dem Finanzverwaltungsamt (FVA) in Kiel zu stellen. Diese Verfahren wurden zunächst ruhend gestellt, da zahlreiche vorgreifliche Verfahren von höheren Gerichten abgewartet werden sollten.

Plötzlich – im Frühjahr 2013 – entschied das Finanzverwaltungsamt, alle Anträge abschlägig zu bescheiden und damit die Beamten in die Klagen zu drängen.

Das Verwaltungsgericht Berlin (7 K 343.12) entschied sich, die für die Beurteilung relevanten Fragen dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg zur Entscheidung vorzulegen.

Am 19. September 2013 fand in diesem Verfahren eine mündliche Verhandlung in Luxemburg statt. Der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof stellte am 28. November 2013 seine Schlussanträge. Der Ge-

neralanwalt fungiert als eine Art Gutachter beim Europäischen Gerichtshof. Seinen Schlussanträgen wird in aller Regel gefolgt.

**In diesem Verfahren stellte sich dies indes gänzlich anders dar.**

Nach den Schlussanträgen des Generalanwaltes beim Europäischen Gerichtshof hätten allen Antragstellern und Klägern in unseren Verfahren in Schleswig-Holstein hohe Nachzahlungen zugestanden und es hätte selbst nach der Besoldungsumstellung Ansprüche auf Ausgleichszahlungen gegeben.

Mit Urteil vom 19. Juni 2014 (Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 19. Juni 2014, Az.: C 501/12 etc.) hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg das Vorlageverfahren des Verwaltungsgerichtes Berlin zur Altersdiskriminierung durch das sogenannte Besoldungsdienstalter sowie die Frage einer möglicherweise andauernden Altersdiskriminierung nach den Überleitungsregelungen in das sogenannte Erfahrungsstufenmodell entschieden. Es wurde zwar eine Altersdiskriminierung festgestellt, die jedoch gerechtfertigt gewesen sei.

Diesem Urteil folgend hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 30. Oktober 2014 (u. a. 2 C 3.13 und 2 C 6.13) den Klägern nur geringe Zahlungsansprüche zugestanden. Die in Leipzig (überwiegend) abschlägig beschiedenen Verfahren betrafen Konstellationen, bei denen die Besoldung vor der sogenannten Hennings/Mai-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 8. September 2011 von Dienstaltersstufen auf Erfahrungsstufen umgestellt worden waren.

Im Zuge dieser Entscheidungen wurde aber deutlich, dass bei einem beklagten Land, welches die Besoldung erst nach September 2011 (Entscheidung Hennings/Mai) umgestellt hat, ein sogenannter qualifizierter Verstoß gegen EU-Recht vorliegt und somit den Klägern Ansprüche aus einem unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch entstehen können.

**So liegt der Fall auch bei unseren Verfahren in Schleswig. Schleswig-Holstein hat das Besoldungsrecht erst zum 1. März 2012 und somit nach**

**der Hennings/Mai-Entscheidung (8. September 2011) umgestellt.**

Nach Auskunft des Gerichts liegen über 850 Verfahren vor. Davon werden mit GdP-Rechtsschutz rund 620 bestritten.

Nachdem die Position des Kammervorsitzenden zum 1. April 2016 wieder besetzt wurde, sollen – nach Auskunft des Gerichts – die Verfahren zügig aufgenommen werden. Es ist beabsichtigt, in diesem Jahr zu den unterschiedlichen Konstellationen der zahlreichen Klagen einen Erörterungstermin vor Gericht durchführen.



Jan-Ontjes Gülden-zoph



Karl-Hermann Rehr Fotos: T. Gründemann

Jan-Ontjes Gülden-zoph, Rechtsanwalt/  
Karl-Hermann Rehr,  
GdP-Landesgeschäftsführer



# Gerichtsentscheidung macht Einstellungen viel komplizierter

Mindestgrößen bei der Einstellung

**KIEL.** Sie wollte in den Polizeidienst und wurde abgelehnt. Eine heute 22-jährige junge Frau hatte sich 2014 zur Einstellung in Eutin beworben und wurde aufgrund der geltenden Laufbahnordnung (PolLVO) abgelehnt. Grund: Sie war mit 1,582 m zu klein. Dagegen klagte die Kielerin mit persischem Hintergrund. Das Verwaltungsgericht Schleswig verwarf die Ablehnung und verurteilte das Innenministerium zur Einstellung.

Der Einzelrichter war der Meinung, die Bewerbung hätte „eingehend geprüft werden müssen“, ob die Klage-

rin nicht „ausnahmsweise hätte eingestellt werden können“. Neben ihren sprachlichen Kompetenzen (sie spricht neben Deutsch Englisch, Französisch, Spanisch und Farsi) waren auch im Eignungstest ihre körperlichen Ergebnisse „schlicht und ergreifend fit“.

Das Land seinerseits argumentierte, dass Ausnahmeregelungen in der PolLVO nicht vorgesehen seien, schon Menschen mit geringer Körpergröße deshalb Schwierigkeiten haben, weil beispielsweise allein die Schutzausrüstung 16 Kilo wiege.

Die GdP kritisierte die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes: „Nun kommt ein kompliziertes Verfahren.“ Einstellungen werden künftig schwieriger und die tatsächlichen Probleme kämen nicht vom Tisch.

Es bleibe dabei, Polizeibeamtinnen und -beamte, egal welcher Körpergröße, müssen Waffen halten, Schlag-

stöcke führen können, Uniformen tragen, Polizeiketten bilden, zum eigenen Schutz benötigen sie Helme und Schutzausrüstungen und und und. Vieles ist dabei an äußere Merkmale gebunden: Sind die Waffengriffstücke auch für Kleine handhabbar? Kann die Verwaltung Ausrüstung und Uniformen (kostengünstig) beschaffen, z. B. auch kleine Schuhgrößen unter 36? Das Landespolizeiamt wies darauf hin, dass die Hersteller der Einsatzstiefel (bisher) keine Schuhe geringerer Größen produzieren und liefern können.

Auch wenn die Mindestgrößen nun vom Verwaltungsgericht kassiert sind, bleiben dennoch Fragen nach Geeignetheit bestehen. Sind es nicht die Körpergrößen, müssen andere Merkmale gefunden werden. Und ob die dann nicht diskriminierend sind, bleibt die Frage ...?

K.-H. Rehr

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der  
Ausgabe 6/2016:  
Mittwoch, 4. Mai 2016



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

**Geschäftsstelle:**  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
Telefax (04 31) 1 70 92

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur:  
Thomas Gründemann  
Geschäftsführender Landesvorstand  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
E-Mail: [gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de](mailto:gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

## FACEBOOK

# GdP-Facebook „gefällt mir“

**Kiel** – Die Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein ist seit knapp einem Jahr bei Facebook aktiv. Dort halten wir alle Interessierten über unsere tägliche Arbeit auf dem Laufenden. Alle Veranstaltungen und Flugblätter werden dort veröffentlicht. Darüber hinaus versuchen wir, aktuelle Artikel aus der Presse, die sich mit der Inneren Sicherheit und unserer Arbeit befassen, zu veröffentlichen.

Imke Kalus, Thomas Gründemann, Jan Schmidt und Sven Neumann betreuen den Facebookauftritt und versuchen, alle Anfragen, die damit verbunden sind, zu beantworten. Über 890 Menschen haben unsere Seite bereits mit „gefällt mir“ gekennzeichnet.

Über die Facebook-Seite erhalten wir immer wieder auch Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern. So konnten wir im Februar den Dank einer Obdachloseninitiative aus Kiel weitergeben. Die BFE aus Eutin hatte spontan in einem Einsatz ihre Verpflegungsbeutel zur Verfügung gestellt. Ein riesiges Dankeschön erreichte uns über den Facebook Auftritt der GdP. Den

dazu verfassten Artikel haben über 14 000 Menschen bei Facebook gesehen. Eine riesige Zahl, die uns auch ein Stück weit stolz macht.

Nach einem verheerenden Feuer in Kiel konnten wir über einen Spendenaufruf bei Facebook dem betroffenen GdP-Mitglied schnell helfen. Nicht nur ein Spendenscheck konnten übergeben werden, auch konnten wir dem Kollegen mit vielen Sachspenden unter die Arme greifen. Auch in Zukunft werden wir bei Facebook aktiv sein und alle Interessierten auf dem Laufenden halten. Klickt „gefällt mir“ und unterstützt uns bei Facebook. Im Mai werden wir bei Facebook ein Gewinnspiel durchführen. Wir werden einen entsprechenden Artikel bei Facebook veröffentlichen. Wer diesen Artikel teilt, hat die Chance, einen Reisegutschein über 100 € zu gewinnen. Dieser Gutschein wird von PSW-Reisen in Kiel gestiftet. Guckt am 14. Mai auf die GdP-Seite bei Facebook. Dort könnt ihr den Artikel teilen und nehmt automatisch am Gewinnspiel teil. **Sven Neumann**



# Marco Hecht-Hinz löst Eggert Werk ab

**Sandesneben/tgr** – Generationswechsel an der Spitze der GdP-Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn: Der 40-jährige Marco Hecht-Hinz löst Eggert Werk (60) als Vorsitzenden ab. Werk hatte zwei Jahre als Chef die Geschicke der Regionalgruppe geleitet und stand wegen seines bevorstehenden Wechsels in den Ruhestand nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung.

„Wir haben eine lebendige Regionalgruppe, ich habe Lust, als Vorsitzender tätig sein zu dürfen“, freute sich Marco Hecht-Hinz über seine Wahl. Dienstlich ist Hecht-Hinz, dessen Vater ebenfalls Polizist war, als Dienstgruppenleiter bei der Polizeizentralstation Ahrensburg tätig. 452 GdP-Mitglieder zählt die Regionalgruppe. Die Betreuung der Mitglieder nannte der neue Vorsitzende als eine seiner Hauptaufgaben. Mit dem Vorstand wolle er sich weiterhin der Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen annehmen, aber auch Veranstaltungen für Aktive und Versorgungsempfänger organisieren und das Sprachrohr gegenüber der Politik und Behördenleitung sein. „Wir werden also viel zu tun haben“, stellte Marco Hecht-Hinz fest.

Auf besonderes Interesse fielen bei der Versammlung die Ausführungen von Innenminister Stefan Studt. Neben Positionen zu seinem Perspektivpapier für die Landespolizei (DP berichtete in der letzten Ausgabe) ging der Minister auch auf regionale Probleme ein.

Ihm sei bekannt, dass die Belastungen der Landespolizei hoch seien, auch für die Polizeidirektion Ratzeburg, sagte der Minister. Insbesondere wisse er um die besorgniserregenden Zahlen zum Einbruchdiebstahl rund um Hamburg, unterstrich Studt unter Hinweis auf ein aktuelles Positionspapier der Regionalgruppe. In diesem Papier hatte die Regionalgruppe in Anbetracht eines Anstieges von Wohnungseinbruchsdiebstählen um mehr als 40 Prozent im vergangenen Jahr gefordert, der „Arbeitsgruppe Stellenverteilung Land“ den Auftrag zu erteilen, über ein zu entwickelndes Parameter „TWE“ den besonders von diesem Deliktbereich betroffenen Behörden, zu denen vor allem auch die PD Ratzeburg gehört, zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen. Trotz des Einsatzes von 27 Beamtinnen und Beamten ausschließ-

lich für Bekämpfung der Wohnungseinbrüche sei es nicht gelungen, erfolgreich zu sein. Gleichzeitig könnten andere Schwerpunkte nicht mehr bedient werden, sagte Eggert Werk. „Der erklärte Landes-schwerpunkt ‚TWE‘ muss auch Auswirkungen auf eine Personalverteilung in der Landespolizei haben“, stellte Eggert Werk für die GdP fest und wies auch auf die Stimmungslage bei den Kolleginnen und Kollegen in der Polizeidirektion hin.

In ihrem Positionspapier habe die Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn die wesentlichen Fakten auf den Punkt gebracht, sagte der Minister. „Insofern kann ich Ihre Forderungen nach personellen Ausgleichsmaßnahmen verstehen“, räumte der Innenminister ein und lobte die dienstlichen Bemühungen der Polizeidirektion Ratzeburg. Das WED-Konzept der Polizeidirektion Ratzeburg sei ein musterträgliches Beispiel dafür, wie Brennpunkte in der Polizei bearbeitet werden sollten. Und die GdP weise zu Recht darauf hin, dass erkannte Schwerpunkte nur mit zusätzlichem Personal bearbeitet werden könnten. Deshalb sei er froh, dass der Stellenabbau für die Polizei nun endgültig vom Tisch sei. „Wir brauchen in der aktuellen gesellschaftlichen Situation nicht weniger, sondern mehr Polizei“, so Studt. Jedoch konnte der Minister der GdP keine Hoffnung machen, dass der GdP-Personalforderung entsprochen werden könne. Dabei verwies er auf die Ergebnisse der „Arbeitsgruppe Stellenverteilung“, wonach ein einzelnes Kriminalitätsphänomen nicht geeignet sei, um darauf eine Planstellenverteilung aufzubauen. „Aus guten Gründen habe sich die AG entschieden, solchen Ansätzen nicht zu folgen. Sie bezieht in die Berechnung nur mittelfristige Ent-



Der neu gewählte Regionalgruppenvorsitzende Marco Hecht-Hinz (l.) mit Innenminister Stefan Studt und Eggert Werk (r.). Foto: Thomas Gründemann

wicklungen mit einer Datenbasis von mindestens fünf Jahren ein“, begründete der Minister.

Nach seinem Statement stand Stefan Studt auch den Fragen aus dem Plenum Rede und Antwort. Das Kriminalitätsphänomen der ausufernden Wohnungseinbruchskriminalität habe zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung geführt, berichtete Ernst Jenner. Deshalb habe er sich mehr Unterstützung von der Landespolizei, aber vor allem auch von Innenminister Stefan Studt bei der Bekämpfung dieses Phänomens erwartet. „Wir nehmen das Thema sehr ernst und haben versucht, durch schnelle Reaktion der Entwicklung zu begegnen“, sagte Studt. Dennoch sollten entsprechend der Grundsätze der AG Personalverteilung zunächst direktionsinterne Bemühungen angestellt werden.

Die technische Ausstattung der Polizei beklagte Ulrich Hardtke. „Ich habe jedes Mal Tränen in den Augen, wenn ich vor dem Dienstrechner sitze und darauf warte, dass die Internetseite sich aufbaut“, so Hardtke. Auch solche Dinge belasteten die Arbeitszufriedenheit. „Hier sollte das Land Geld in die Hand nehmen, um endlich zeitgerechte Zustände herzustellen“, sagte er. „Mir ist das Problem bekannt, aber ich kann es nicht mit einem Fingerschnippen ändern. Wir haben zurzeit nicht das Geld dafür, um Abhilfe zu schaffen“, erklärte der Innenminister.

Auf wenig Verständnis stießen die positiven Ausführungen in Sa-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

chen Polizeibeauftragter, der – so Studt – „kein billiges Mittel zur Kontrolle der Polizei und kein Ausdruck zivilgesellschaftlichen Misstrauens“ sei.

Wie der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner kritisierte auch Marco Hecht-Hinz die Entscheidung. Der Polizeibeauftragte sei hoch bezahlt und gänzlich unnötig. „Das ist Geldverschwendung und zugleich ein Zeichen des Misstrauens gegenüber der Polizei, zumal es bislang keinen Grund für die Einrichtung gibt“, wiederholte der neu gewählte Regio-

nalgruppenvorsitzende die Kritik und erhielt mit seinen Äußerungen den hörbaren Zuspruch der mehr als 100 anwesenden GdP-Mitglieder. Innenminister Studt bemühte sich, in Sachen Polizeibeauftragter die Bedenken der GdP zu entkräften, verwies zudem auch auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag.

Und auch auf die Beförderungsperspektiven im mittleren Dienst ging der Minister auf Nachfrage von Eggert Werk ein. Mit der Anhebung des Eingangsamtes als ersten Schritt habe man auch die Wirkungen für das „Bestandspersonal“ im Auge gehabt und deshalb auch entschieden,

die Stehzeiten sofort zu verkürzen. Dies auch, weil die GdP frühzeitig und wiederholt öffentlich entsprechende Verbesserungen der Beförderungssituation eingefordert habe. Folglich sei der 1. Juli als erster Termin für entsprechende Anhebungen zu Polizeihauptmeistern und Polizeihauptmeistern mit Amtszulage festgelegt worden.

Eggert Werk war es aber bei seiner letzten Versammlung als Vorsitzender vorbehalten, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Manfred Börner langjährige Mitglieder für ihre Treue zur GdP zu ehren.

**Thomas Gründemann**

**KAMPFMITTELRÄUMDIENST**

**GdP beim Munitionsräumkommando**

**Groß-Nordsee/tgr** - Einen Informationsbesuch stattete der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Andreas Kropius Mitte März dem Kampfmittelräumdienst (KMRD) in der Liegenschaft in Groß-Nordsee ab. Gemeinsam wurden mit Rainer Klaaßen, dem örtlichen Ansprechpartner, verschiedene Themen erörtert. Dazu gehörten unter anderem die Probleme bei der Nachwuchsgewinnung, die Aktualität des TV-Mun-SH, aber auch das Zulagenwesen versus Eingruppierung. Bei der Gelegenheit beglückwünschte Kropius die Bombenentschärfer zu einer Auszeichnung durch die Industrie- und Handelskammer (IHK) Schleswig-Holstein. Im Rahmen des IHK-Jahresempfanges waren Oliver Kinast, Georg Ocklenburg und Hans-Jörg Kinsk für ihre Tätigkeit vom Präsidenten Klaus-Hinrich Vater geehrt worden. „Sie machen einen Job, vor dem ich allergrößten Respekt habe“, hatte Vater die „Männer mit den magischen Händen“ gewürdigt. Dieser Dienst an der Gesellschaft könne gar nicht hoch genug bewertet werden. Allein im vergangenen Jahr waren über 200 000 Stück Munition geborgen und beseitigt worden, so der IHK-Chef. So war auch Andreas Kropius bei seinem Besuch von der Arbeit des Kampfmittelräumdienstes mit seinen 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beeindruckt. Dessen Aufgaben reichen von der Luftbilddauswertung, der Archivrecherche, Sondiermaßnahmen vor Ort bis hin zum Abtransport von Munition und deren Entsorgung. Auch bei Staatsbesuchen ist der



**Auch Ministerpräsident Torsten Albig war bei der Auszeichnung des Kampfmittelräumdienstes dabei.**

Kampfmittelräumdienst gefordert. Ein weiterer Austausch mit Vertretern des KMRD wurde für Mitte April in der GdP-Geschäftsstelle vereinbart.

**Thomas Gründemann**



**Innenminister Stefan Studt informierte sich über die Arbeit des Kampfmittelräumdienstes.**

**REGIONALGRUPPENTERMINE**

**Einladung!**

**Schleswig-Flensburg**  
 „Schießen in Fährdorf“ am Freitag, 20. Mai 2016, 14.30 Uhr. Hierzu sind alle herzlich eingeladen. Anmeldungen bis zum 17. Mai 2016 bitte an Michael Carstensen, Tel.: 04 61/ 4 84 25 01.



# Ein gefragter Landespolizeidirektor

GdP befragte Ralf Höhs zur Zukunft der PD AFB und zu anderen Polizeithemen

**Eutin** – Ein buchstäblich gefragter Mann war Landespolizeidirektor Ralf Höhs bei der Jahreshauptversammlung der GdP-Regionalgruppe AFB. Der Vorstand um den Vorsitzenden Axel Dunst hatte den ranghöchsten Polizisten nach Eutin eingeladen, um ihn in einem Interview im großen Rahmen zur Zukunft der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung auf der Hubertushöhe zu befragen. Dunst war es dann auch zunächst, der gemeinsam mit seinem Stellvertreter Jens Puschmann Höhs auf den Zahn fühlte. Aber auch Katharina Masannek von der JUNGEN GRUPPE sowie einige der rund 250 Versammlungsteilnehmer, darunter unzählige Auszubildende, erhielten die Gelegenheit, ihre Fragen an den Landespolizeidirektor zu richten.

Gegenstand der Auftaktfrage von Axel Dunst waren die Folgen im Zusammenhang mit den von der Landesregierung beabsichtigten Mehreinstellungen bei der Landespolizei. Demnach sollen bis 2023 500 neue Planstellen und die Ausbildungszahlen bis 2020 auf jährlich 400 erhöht werden. Dafür würden in der PD AFB aber dringend Lehrer und Räumlichkeiten benötigt. „Welche Hilfe dürfen wir erwarten?“, fragte Dunst. „Es wird Zwischenlösungen geben müssen“, stellte Ralf Höhs klar. Mit dem Ministerpräsidenten, dem Innenminister und der Finanzministerin sei aber besprochen, dass mehr Mittel bereitgestellt würden. Der Bau des Einsatz- und Trainingszentrums sei ja bereits auf dem Weg. „Ich werde aber keine Abstriche in der Qualität der Ausbildung zulassen“, versprach der Landespolizeidirektor, ließ aber offen, wie dies bewerkstelligt werden solle. Außerdem müsse geprüft werden, an welcher Stelle der PD AFB Polizeivollzugsbeamte durch Tarifpersonal ersetzt werden könnten.

„Mit Minerva hatten wir jetzt die vierte (!) Organisationsüberprüfung in kurzer Zeit. Es reicht! Mitarbeiter sind gefrustet, und Ergebnisse müssen dann auch mal anerkannt werden und Bestand haben,“ appellierte Axel Dunst an den Landespolizeidirektor.

Zugeknöpft zeigte sich Höhs in der Frage, eine zweite Einsatzhundertschaft aufzubauen. Der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner hatte diese Frage mit Blick auf die geplanten Mehreinstel-

lungen platziert. Eine zweite Einsatzhundertschaft sei zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen denkbar, die neben ihrem regulären Dienst zunehmend zu Hundertschaftseinsätzen herangezogen werden müssten. Höhs zeigte sich skeptisch. „Ich bin nicht überzeugt, dass es eine Notwendigkeit dafür

andere. Hier gelte seine Aufmerksamkeit vor allem den Beamten im Einzeldienst, sagte der Landespolizeidirektor. „Die Kolleginnen und Kollegen auf dem Funkstreifenwagen sind bei einem Anschlagfall die ersten am Einsatzort. Sie müssen gut ausgebildet und ausgerüstet sein.“ Eine Absage dagegen erteilte



Landespolizeidirektor Ralf Höhs stellte sich den Fragen von Axel Dunst (l.) und Jens Puschmann (r.).

Foto: Gründemann

gibt. Auch bei Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft wird weiter die Unterstützung durch den Einzeldienst erforderlich sein. Wir planen vielmehr Entlastungen durch eine reduzierte Wochen- und Lebensarbeitszeit sowie ein garantiertes dienstfreies Wochenende. Und das müssen wir mit Stellen unterfüttern“, so Höhs. Die Stärkung von Einsatz (Präsenz) und Ermittlungen habe für ihn in der Landespolizei weiter Priorität. Jede Nacht seien im Lande 125 Funkstreifenwagen im Einsatz, sogar 145 in Schwerpunktnächten. Alleine 18 Funkstreifenbesetzungen würden jede Nacht im Zusammenhang mit der Begleitung von Schwertransporten benötigt. Die Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle bilde derzeit den Ermittlungsschwerpunkt. Aber auch im virtuellen Raum müsse es hoheitliche Sicherheit geben. Deshalb müsse eine schnellst- und bestmögliche Ausbildung sichergestellt bleiben. Und ob die Landespolizei auf Terror szenarien mit multiplen Anschlagarten wie in Paris vorbereitet sei, wollten die Interviewer wissen. Die schleswig-holsteinische Landespolizei sei im Bundesvergleich deutlich besser aufgestellt als

er dem Aufbau einer BFE plus. Vor dem Hintergrund ausreichend zur Verfügung stehender Spezialeinheiten, auch aus anderen Bundesländern, sehe er hier keinen Bedarf.

„Wenn Sie die Landespolizei strategisch ohne eine BFE plus aufstellen, dann müssen Sie das in der konkreten Einsatzsituation, aber auch taktisch durchhalten“, entgegnete Dunst. Höhs appellierte jedoch, nicht zu verkrampfen und sich selbst auch nicht zu überbelasten.

Und auch zum Umgang der Polizei mit sexualisierten Übergriffen durch Flüchtlinge, die auch in unserer Kultur nicht fremd seien, verwies Höhs auf die gelernten und erfolgreich praktizierten Verhaltensweisen in der Landespolizei: „Solide, gründlich und maßvoll“, mahnte Höhs zur Besonnenheit.

Mit den Forderungen des Positionspapiers der JUNGEN GRUPPE in Schleswig-Holstein wandte sich Katharina Masannek an ihren ranghöchsten Chef. Viele Forderungen des Papiers seien schon „in Bearbeitung“, sagte Ralf Höhs. Dies gelte auch für die von der

Fortsetzung auf Seite 6



**GLÜCKWÜNSCHE**

**Wir gratulieren zur Beförderung**

**zum Justizhauptsekretär**

Timo Davidsen, Torsten Gürr, Henning Klopsch, Michael Sjut, RG Justizvollzug

**zur Lebenszeitanstellung**

Ann-Kathrin Arndt, Sönke Mohr, Torsten Sievers, RG Justizvollzug

**zur bestandenen Laufbahnprüfung**

Sebastian Dettweiler, Ilona Matejka, Saskia Reinke, Florian Spiegel, Dirk Tiedemann, RG Justizvollzug

**zur Goldenen Hochzeit**

Waltraud Großmann und Ehemann, RG Kiel-Plön

**zur Vermählung**

Melanie Eißner und Ehemann, RG AFB

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

**REGIONALGRUPPENTERMINE**

**Einladung!**

Schleswig-Holstein Mitte  
Jungsenioren-Stammtisch am **Donnerstag, 12. Mai 2016, 17 Uhr**, Sportheim des SV Bönebüttel-Husberg, Sickkamp 16, 24620 Husberg.

Neumünster Seniorengruppe  
**Einladung zum Kaffeetrinken** und Besprechung der auf den 6. Juni 2016 verschobenen Tagesfahrt nach Rerik am **Mittwoch, 18. Mai 2016, 14.30 Uhr**, Restaurant Friesenstube (im Haus Hog'n Dor), Neumünster, Klaus-Groth-Straße 37. Anmeldungen unbedingt bis zum 16. Mai 2016 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21/2 25 16.

**PD AFB**

Fortsetzung von Seite 5

JUNGEN GRUPPE geforderten Perspektivverbesserungen. So seien fürs laufende Jahr 900 Beförderungen in der Landespolizei geplant – damit rund 300 mehr als im vergangenen Jahr. Die Durchlässigkeit für bessere Aufstiegsmöglichkeiten würde derzeit geprüft. Genauso zeichneten sich die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit sowie der Lebensarbeitszeit für besonders belastende Dienstformen ab.

Und bei der Frage Jens Puschmanns, ob beziehungsweise wann bei der PD AFB endlich mit WLAN zu

rechnen sei, horchten vor allem die jüngeren Versammlungsteilnehmer auf. Und auch die Antwort des Landespolizeidirektors machte Hoffnung. Es gebe eine Perspektive, dass dies bis zum Sommer realisiert werden könne, so Höhs. Im internen Teil der Versammlung freute sich Axel Dunst, auch im vergangenen Jahr für die Regionalgruppe AFB bei den Mitgliedern einen weiteren Höhenflug verzeichnen zu können. Nachdem 2015 die 1000er-Marke erreicht werden konnte, sind es derzeit 1123 GdP-Mitglieder in der Regionalgruppe.

**Thomas Gründemann**

**EHRUNGEN**

**Auszeichnung für Treue zur GdP**



Bei der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn wurden langjährige GdP-Mitglieder geehrt. Der Regionalgruppenvorsitzende Marco Hecht-Hinz (l.) und der Landesvorsitzende Manfred Börner (r.) nahmen die ausgezeichneten Kollegen (v. l.) Rüdiger Damerow (40 Jahre), Ernst Bengtsson (60 Jahre), Andre Lutz (40 Jahre), Ferdinand Diekmann (60 Jahre), Uwe Jacobsen (25 Jahre), Günter Deutschmann (50 Jahre) und Guido Boenert (50 Jahre, kl. Foto r.) in die Mitte.  
**Foto: Gründemann**



Auch bei der Regionalgruppe AFB wurden treue Mitglieder von Manfred Börner (l.) und dem Regionalgruppenvorsitzenden Axel Dunst (r.) geehrt. Dazu gehörten Bernd Penter und Iris Knoop (beide 25 Jahre), Jürgen Fiolka (40 J.), Rainer Zimny (50 J.), Karl-Heinz May (55 J.), Gerd Schwimann (40 J.), Dieter Drunk und Heinz Seidensticker (beide 60 J.).  
**Foto: Gründemann**



## 5-tägige Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA FLORA vom 11. bis 15. Dezember 2016



ab **419**

### Zur Adventszeit: Auf dem Rhein nach Rotterdam und Amsterdam



*Erleben Sie die lebendigen Metropolen Amsterdam und Rotterdam zur Adventszeit! Rotterdam mit seiner schwindelerregenden Architektur und Amsterdam mit seinen alten Kaufmannsbäusern an den Grachten, die mit schmalen Fassaden und kunstvollen Giebeln jeden verzaubern!*

#### Preise

pro Person in Doppelkabine Kategorie S-Garantie	ab 419,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie A	ab 519,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie C mit franz. Balkon	ab 599,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie D mit franz. Balkon	ab 649,- €

Preise einschl. Frühbuchermäßigung.  
Ab 1. September 2016 +30,- €, da ab diesem Datum der Frühbucherbonus nicht mehr gewährt wird. Einzelkabine auf Anfrage.  
An- und Abreise mit der Deutschen Bahn möglich.

#### Eingeschlossene Leistungen:

- ✗ Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA FLORA in der gebuchten Kategorie
- ✗ A-ROSA VollpensionPlus
- ✗ Ganztags hochwertige Getränke
- ✗ Täglich Mineralwasser auf der Kabine
- ✗ Freie Nutzung der Bordeinrichtungen
- ✗ 15% SPA-Ermäßigung
- ✗ WLAN kostenfrei
- ✗ Transfer Bahnhof – Schiff – Bahnhof
- ✗ Bordunterhaltung
- ✗ PSW-Reisebegleitung



#### Reiseverlauf

<b>Sonntag</b>	<b>11. Dezember 2016</b>	Köln	Abfahrt	17:00 Uhr
<b>Montag</b>	<b>12. Dezember 2016</b>	Rotterdam	Ankunft	10:00 Uhr
<b>Dienstag</b>	<b>13. Dezember 2016</b>	Rotterdam	Abfahrt	01:00 Uhr
<b>Dienstag</b>	<b>13. Dezember 2016</b>	Amsterdam	Ankunft	09:00 Uhr
<b>Mittwoch</b>	<b>14. Dezember 2016</b>	Amsterdam	Abfahrt	06:00 Uhr
<b>Donnerstag</b>	<b>15. Dezember 2016</b>	Köln	Ankunft	09:00 Uhr

Hinweise: Irrtum und Zwischenverkauf sowie Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Es gelten die Bedingungen des Veranstalters A-ROSA Flussschiff GmbH, 18055 Rostock. Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen.

## Stockholm - Perle des Nordens



ab  
€ **679**

16. bis 19. September 2016

**Stockholm – oft auch als Perle des Nordens bezeichnet – kann mit vielen weltberühmten und einzigartigen Sehenswürdigkeiten aufwarten. Darunter die Klassiker wie: Skansen, Vasamuseet und Gamla Stan. Schwedens einzige „Millionenstadt“ ist das ganze Jahr eine Reise wert.**

#### Ihr Hotel:

Clarion\*\*\*\* (Landeskategorie). Liegt verkehrsgünstig nahe der Altstadt. Sehenswürdigkeiten in unmittelbarer Nähe

**Preis pro Person:** im DZ ab **679,- €**  
EZ-Zuschlag 195,- €

#### Leistungen:

- Zug zum Flug in der 2. Klasse
- Flüge mit der Eurowings/Germanwings in der Economy Class ab/bis Hamburg
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Sicherheitsgebühren
- 3 Hotelübernachtungen im 4\*-Hotel Clarion
- 3 x Skandinavisches Frühstücksbuffet
- Umfangreiches Besichtigungsprogramm lt. Reiseverlauf
- Ausführliche Stadtrundfahrt
- Ausgedehnter Bummel durch die historische Gamla Stan
- Alle Eintrittspreise lt. Reiseverlauf
- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur
- PSW-Reisebegleitung



#### Weitere Informationen und Anmeldungen

##### PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22 · 24116 Kiel  
Telefon 0431 / 17093  
Telefax 0431 / 17092  
psw-reisen.kiel@t-online.de

##### PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2 · 23560 Lübeck  
Telefon 0451 / 5021736  
Telefax 0451 / 5021758  
psw-reisen.luebeck@t-online.de

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)

Fotos: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten die Gebeco-Reisebedingungen und Hinweise.  
Hinweis: Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl 20 Personen.  
Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.



## Und was sonst noch so war ...

### 14. März

Drei Wochen ist er nun in Betrieb: der neue Südflügel der JVA Neumünster. Umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen in Haus C sind vorausgegangen. Das unter Denkmalschutz stehende Haus ist ein Backstein-Kreuzbau aus dem Jahre 1905. Insgesamt stehen acht Vollzugsabteilungen mit insgesamt 237 Haftplätzen zur Verfügung. Die Sanierung zieht optimierte Funktionsabläufe nach sich, was die Versorgung der Gefangenen mit Essen und Wäsche, aber auch Müllentsorgung vereinfacht.

### 18. März

Wir beschäftigen uns heute mit dem Thema „Arbeitszeugnis“. Arbeitnehmer haben das Recht, nach Beendigung ihrer Anstellung ein Arbeitszeugnis zu verlangen. Zeugnisse müssen schriftlich erstellt werden und nach der äußeren Form den Anforderungen des Geschäftslebens entsprechen. Der Arbeitnehmer kann wählen, ob er ein einfaches oder ein qualifiziertes Zeugnis wünscht. In einem einfachen Zeugnis wird lediglich die Art des Dienstverhältnisses und dessen Dauer bestätigt. Demgegenüber enthält das qualifizierte Zeugnis neben diesen Angaben auch Ausführungen über die Leistungen und die Führung des Arbeitnehmers. Hat der Arbeitnehmer sein Wahlrecht ausgeübt, ist er hieran gebunden. Wurde auf dessen Wunsch hin ein qualifiziertes Zeugnis erteilt, kann er nicht nachträglich ein einfaches Zeugnis verlangen.

### 21. März

Landesvorstandssitzung in Westerröfeld. Die Quartalsitzung hat heute einige Sachverhalte zu regeln. Dazu gehört die Festlegung des 31. Delegiertentages. Er findet vom 15. bis 16. November 2017 statt. Nun können die organisatorischen Vorbereitungen beginnen. Auch das beschließt der Landesvorstand: Die Satzung sieht eine eigene Regionalgruppe GMSH vor. Eine Mitgliederbefragung hat jedoch nicht die erforderlichen Mehrheiten nach sich gezogen. Der Landesvorstand beschließt heute die Einrichtung eines Landfachausschusses GMSH. In einer Urversammlung im Mai soll die Konstituierung stattfinden.

### 23. März

Sitzung der Frauengruppe in unserer Geschäftsstelle. Die Zusammenkunft beginnt mit einem Knall: Die langjährige Vorsitzende Imke Kalus stellt ihr Amt zur Verfügung. Hintergrund ihrer Demission ist ihre berufliche Belastung. Nun soll die Frauengruppe die Nachfolge in einer Sitzung am 27. Mai 2016 regeln.

### 30. März

Die Kieler Nachrichten beschäftigten sich in ihrer heutigen Ausgabe mit City-Streifen in Glückstadt. Der dortige Bürgermeister hatte in 500 Briefen ortsansässige Firmen und Bürger angeschrieben und um eine finanzielle Spende für sogenannte City-Streifen gebeten. Daraus entwickelte sich eine Diskussion. Der CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jörg Arp: „Die City-Streife ist dort präsent, wo der Staat seine Bürger nicht mehr ausreichend schützt.“

Auch wir sind um Stellungnahme gebeten worden. „Polizeiaufgaben müssen durch die Polizei erledigt werden“, so reagierte die Gewerkschaft der Polizei auf die Initiative des Glückstädter Bürgermeisters, wieder City-Streifen ins Leben zu rufen. Wenn der Bürgermeister meint, dass es hinsichtlich der Sicherheit – abseits der Aufgaben der Ordnungsbehörde – für die Glückstädter ein Defizit ist, so wäre es die erste Aufgabe, sich an die zuständige Polizeidirektion zu wenden, um Abhilfe zu schaffen. Die geplanten City-Streifen im öffentlichen Bereich sind jedoch nur ein Placebo, denn diese Streifen dürfen nicht einschreiten, warnen oder in den Verkehr eingreifen oder oder ... City-Streifen im öffentlichen Bereich dürfen lediglich beobachten und melden. Doch Vorsicht den City-Streifen! Sie sind nicht besonders geschützt und stehen unter keiner besonderen gesetzlichen Regelung. Und: Die Polizei ist Garant dafür, dass ihre Streifenaktivität unabhängig von der finanziellen Situation einer Stadt oder eines Wohnquartiers durchgeführt wird.

### 4. April

Ulrich Kahlke, Pensionär aus Steinburg-Dithmarschen, schickt uns heute eine Antwort des Petitionsausschusses beim Schleswig-Holsteinischen Landtag. Kahlke hatte sich an den Ausschuss wegen der überlangen Bearbeitungszeiten in der Bei-

hilfe gewandt. Er war allerdings nicht allein. Seit Wochen laufen beim Landtag Eingaben auf. Der Ausschuss: „Der Unmut der Petentinnen und Petenten ist für den Petitionsausschuss nachvollziehbar. Er schließt sich ihrer Auffassung an, dass es insbesondere bei Behandlungen mit hohen Kosten nicht hinnehmbar ist, lange auf die Erstattung der Kosten warten und gegebenenfalls Kredite aufnehmen oder wiederholt Zahlungsfristen mit behandelnden Ärzten und Apotheken aushandeln zu müssen. Der Ausschuss hat sich davon überzeugt, dass das Finanzministerium und das Finanzverwaltungsamt beziehungsweise das Dienstleistungszentrum Personal auf die Problemlage durch geeignete Maßnahmen im personellen, organisatorischen und technischen Bereich angemessen reagiert haben. Der Petitionsausschuss bedauert, dass es in der Vergangenheit zu Verzögerungen in der Bearbeitung gekommen ist. Er begrüßt, dass die Bearbeitungsdauer aufgrund der ergriffenen Maßnahmen bereits deutlich reduziert wurde. Der Petitionsausschuss erwartet, dass durch die Maßnahmen auch das Ziel verfolgt wird, die Bearbeitungszeit unter den angestrebten Richtwert von 14 Tagen zu senken.“

### 7. April

Im Januar hatte der Landesbezirk seine Mitglieder nach Interesse an einer Vorbereitung an Sprach- und Bildungstests für das verkürzte Aufstiegsverfahren abgefragt. Die Resonanz war erfreulich, sodass der Vorstand die Durchführung einer Vorbereitungsstaffel für GdP-Mitglieder beschloss. Die gemeldeten Interessenten werden direkt angeschrieben und eingeladen. Wer kurzfristig noch Interesse hat, melde sich unter E-Mail: [gdp-schleswig-holstein@gdp.de](mailto:gdp-schleswig-holstein@gdp.de).

Die Unterrechtsstaffel findet in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Rendsburg in Rendsburg vom 5. September bis 27. Oktober 2016 statt. Sie beginnt mit den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch. Unterrichtstage sind jeweils Dienstag und Donnerstag von 13.15 Uhr bis 17.45 Uhr. Die Kosten werden von der GdP übernommen. Es wird ein Eigenanteil von 15 € erhoben. Eventuell kommen noch Kosten für ein Skript hinzu.

